



Rede zum Haushalt 2013 der Stadt Korschenbroich im Rat der Stadt am 29. November 2012

- es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: keine

Sehr geehrte Damen und Herren,

In bewährter Tradition wird hier in wenigen Minuten mehrheitlich ein überarbeitetes Haushaltssicherungskonzept beschlossen – mal wieder. Mal wieder, weil wir seit 2001 regelmäßig (abgesehen von 2008/2009) Haushaltssicherungskonzepte beschließen, die einen Haushaltsausgleich in einigen Jahren vorsehen.

Die Haushaltssicherungskonzepte sehen sich dabei auch stets sehr ähnlich: Die Einnahmen steigen und die Ausgaben sinken.

Vor allem aber haben die Haushaltssicherungskonzepte eines gemeinsam: Sie überleben kaum das Jahr ihrer Beschlussfassung. So rutscht der geplante Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs stets von einem Jahr in das Nächste.

Denn – wir haben es eben wieder gehört – man darf die Stadt ja schließlich nicht kaputtsparen. Alternativ könnte man auch sagen: “man darf sich aus der Krise nicht heraussparen“ so der DGB Vorsitzender Sommer kürzlich. Das Ergebnis ist aber dasselbe: Zu den alten Schulden kommen immer mehr neue dazu.

Aber ach... da bin ich jetzt in die falsche Rede gerutscht, das war jetzt die Rede zum Haushalt 2012. Ganz falsches Thema. Obwohl.. geändert hat sich eigentlich nichts.

Das Haushaltssicherungskonzept heißt jetzt zwar Haushaltsanierungsplan aber an der oben beschriebenen Praxis hat sich nichts geändert. Der Zeitpunkt des Haushaltsausgleichs wird wiederum von 2017 auf 2018 verschoben. Und auch dies wird nicht der letzte Termin sein.

Spaß beiseite:

Zunächst ist einmal im positiven Sinne anzuerkennen, dass die Stadt an dem Stärkungspakt für die Kommunalfinanzen teilnimmt. Positiv auch, dass die Kämmerei bei der Prüfung der Voraussetzungen nachgehakt und die entsprechenden Anträge auf den Weg gebracht hat.

Womit wir wieder bei unserer Haushaltsrede 2012 wären:



Das Zitat von dem Chef der Wirtschaftsweisen, Herrn Wolfgang Franz, ist nach wie vor aktuell:

„Es geht doch nicht um ein Kaputtsparen, sondern um finanzpolitische Disziplin und überzeugende längerfristige Maßnahme. Es ist wie bei der Befreiung eines Drogenabhängigen von seiner Sucht: Die Entziehungskur ist sehr schmerzlich, aber danach geht es dem Betroffenen wesentlich besser als vorher.“

Richtig an der Aussage von Herrn Franz ist aber, dass man ein längerfristiges Ziel festlegen muss. Und für dieses Ziel müssen sich alle Führungskräfte glaubwürdig engagieren. Die finanzielle Lage und das wirtschaftlich Machbare müssen transparent dargestellt werden, denn nur so kann dies Grundlage einer sachlichen Diskussion sein. Diese gemeinsame Diskussion kann man aber nur führen, wenn man sich über das Ziel einig ist.

Und zumindest diese Einigkeit über das Ziel scheint jetzt zu bestehen. Über den Weg dorthin werden wir aber noch streiten müssen.

Zunächst einmal hört es sich gut an: Wir starten im Jahr 2012 mit einem Minus von 11,4 Mio. EUR. Dieses Minus verringert sich 2013 auf 7,4 Mio. EUR und im Jahr 2014 auf wundersame Weise auf 1,2 Mio. EUR. So zumindest die Planung. Weiter geht es bis zum Jahr 2018, wo wir erstmals gut 100.000 EUR Überschuss erwirtschaften werden. Das wird knapp. Ein 100.000 EUR Überschuss nachdem über die Jahre jeweils 1,8 Mio. EUR Konsolidierungshilfe des Landes gezahlt worden sind ist nicht viel.

Risiken gibt es genug, der Kämmerer hat zumindest einige von ihnen sie aufgezählt.

Steigen beispielsweise die Zinssätze für die Kassenkredite um 4 % fehlen uns über die Jahre 300.000 EUR. Steigen die Personalkosten um 2 % statt wie geplant um 1 % fehlen uns 3,7 Mio. EUR. Steigen schließlich die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nur halb so hoch wie geplant dann fehlen uns nochmal 3,1 Mio. EUR.

Überhaupt Gewerbesteuer: Nach dem sicherlich überraschenden Einbruch in diesem Jahr, werden die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im kommenden Jahr zu alter Stärke zurückkehren. Und sie werden – so die Annahme – in den kommenden Jahren noch weiter ansteigen. Das ist echter Optimismus. Wer sagt uns denn, dass der bekannte große Steuerzahler im nächsten Jahr nicht wieder zu steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten greifen wird, um die Steuerlast zu senken?

Was wissen wir überhaupt über die Gewerbesteuerzahler in Korschenbroich?

Der Bürgermeister sagte etwas geringschätzig zu unserem Antrag im Hauptausschuss, dass er keinen Sinn darin sehe, mit dem Vorsteher des Finanzamtes einen Kaffee zusammen zu trinken. Vielleicht hätte man aber dort doch etwas mehr erfahren.

Aber vielleicht will man es auch gar nicht wissen.

Denn der Weg ist vorgezeichnet.



Realisiert sich auch nur eines der vorgezeichneten Risiken, ist die Stadt nach dem Stärkungspaktgesetz verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen um das Konsolidierungsziel zu erreichen.

Einfacher ausgedrückt: Fehlt in den nächsten Jahren aus irgendeinem Grund Geld und der Haushaltsausgleich kommt in Gefahr, müssen kurzfristig Ausgaben gestrichen oder die Einnahmen erhöht werden.

Das mit dem Ausgaben kürzen hatten wir schon im Jahr 2010. Der vollmundige 4-Stufen-Plan ist nach der ersten Stufe wie die bekannte Seifenblase zerplatzt.

Bleibe die Einnahmenseite.

Hier ist erstaunlicher Weise von CDU und SPD bei den Haushaltsberatungen gar nichts gekommen. Obwohl in der Presse häufiger zu lesen war, dass Korschebroich ein Einnahmeproblem hat.

Dies kann man in zwei Richtungen deuten:

Variante 1: Wir haben kein Problem. Angesichts der dargestellten Risiken und Zahlen sicherlich eine mindestens fahrlässige Einschätzung.

Variante 2: Das Stärkungspaktgesetz regelt das schon für uns. Genauer: Warum heute schon etwas entscheiden und sich in den politischen Gegenwind stellen, wenn wir dies später ohnehin machen müssen.

Das Stärkungspaktgesetz gibt ganz klar vor, dass bei neuen Deckungslücken kurzfristig Maßnahmen ergriffen werden müssen

Einzigste Maßnahmen auf der Einnahmeseite, die kurzfristig greifen, sind die Erhöhung der Grundsteuer und die Erhöhung der Gewerbesteuer, der Kämmerer hat es in dem Haushaltssanierungsplan beschrieben.

Konkret: Realisiert sich auch nur eines der beschriebenen Risiken oder stellt sich die eine oder andere Einschätzung als zu positiv heraus wird die Grundsteuer erhöht. Selbstverständlich ist dies dann unvermeidbar und die Stadt macht dies nur um ihrer gesetzlichen Pflicht zu genügen.

das man vorher – sprich heute – etwas tun könnte wird dann natürlich geflissentlich verschwiegen.

Dann reden wir aber auch nicht mehr über eine Erhöhung der Grundsteuer von 5 oder 10 % sondern dann kommen wir in Größenordnungen von 50, 70 oder 80 %.

Wir werden es erleben.

Vielen Dank.